

Evangelische Forschungsakademie

Martin Quilisch

Wirtschaft und Sozialstaat in Europa

Vortrag auf der Tagung der Evangelischen Forschungsakademie

„Positionen europäischer Kirchen zur sozialen Frage“

Doorn (Niederlande), 26. Mai 2007

*Prof. Dr. Martin Quilisch
Auf dem Wingertsberg 3
D-56566 Neuwied*

Auszug aus dem Tagungsband „Positionen europäischer Kirchen zur sozialen Frage“,
hrsg. von Christian Ammer, Evangelische Forschungsakademie 2007



Walther von der Vogelweide
Codex Manesse, um 1300

http://de.wikipedia.org/wiki/Walther_von_der_Vogelweide

Ich saz ûf eime steine
und dahte bein mit beine,
dar ûf satzt ich den ellenbogen;
ich hete in mîne hant gesmogen
daz kinne und ein mîn wange.
dô dâhte ich mir vil ange,
wie man zer welte solte leben.
deheinen rât kond ich gegeben,
wie man driu dinc erwurbe,
der keines niht verdurbe.
diu zwei sint êre und varnde guot,
daz dicke ein ander schaden tuot.
daz dritte ist gotes hulde,
der zweier übergulde.
die wolte ich gerne in einen schrîn:
jâ leider desn mac niht gesîn,
daz guot und weltlich êre
und gotes hulde mêre
zesamene in ein herze komen.
stîg unde wege sint in benomen;
untriuwe ist in der sâze,
gewalt vert ûf der strâze,
fride unde reht sint sêre wunt.
diu driu enhabent geleites niht,
diu zwei enwerden ê gesunt.

Ich saß auf einem Stein,
hatte Bein über Bein geschlagen,
den Ellbogen drauf gestützt,
in die Hand schmiegte ich
Kinn und Wange.
Mit allen Gedanken fragte ich mich,
wie man auf der Welt leben sollte.
Ich wusste keinen Rat,
wie man drei Dinge gewinnen kann
und keines verlieren und verderben.
Zwei sind Ehre und Güter der Welt,
die beide sich oft befeinden,
das dritte ist Gottes Gnade,
in ihrem Goldglanz beide überstrahlend.
Gern hätte ich sie alle in einem Gefäß.
Doch ach, es kann nicht sein,
dass weltliche Güter und Ehre
und dazu Gottes Gnade
in einem Herzen sich finden.
Stege und Wege sind ihnen verstellt,
Verrat liegt im Hinterhalt,
auf den Straßen herrscht die Gewalt,
Friede und Recht sind auf den Tod verwundet.
Bevor die zwei nicht genesen sind,
gibt es für die drei nicht Schutz noch Sicherheit.

Joerg Schaefer: *Walther von der Vogelweide: Werke.*

Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. 2., unveränderte Auflage 1987

<http://www.virtuelleschule.at/wissen/burgen-volksschule-herzgasse/minne/musik3.htm>

Es ist gut 800 Jahre her, da machte sich ein Dichter deutscher Sprache von europäischem Rang – er war in den damaligen Kampf zwischen Kaiser und Papst auf kaiserlicher Seite wortmächtig verstrickt - Gedanken, „wie man zer werlte solte leben“ und fand keine Antwort auf die Frage, wie man drei Dinge erwerben und miteinander vereinbaren könnte:

êre	– das heißt soziale Achtung und soziales Ansehen ¹
varnde guot	– das heißt materieller Wohlstand und Reichtum
gotes hulde	– das heißt Gottes Segen und Wohlgefallen.

Schon damals meinte der Dichter, dass allein schon der Anspruch auf soziale Achtung einerseits und auf materiellen Reichtum andererseits sich schlecht miteinander vertragen, aber zusammen mit Gottes Wohlgefallen sich nimmermehr in einem menschlichen Herzen finden könnten. Die alte Frage des Herrn Walther von der Vogelweide steht auch heute noch auf der Tagesordnung – und ich habe sie zur Leitlinie meines heutigen Vortrages gemacht. Es ist mir wichtig darauf hinzuweisen, dass die hier gestellte Frage nach dem richtigen Leben und der Vereinbarkeit der drei Ziele nicht primär als individuelles Problem ethischen Handelns gesehen wird, sondern in den Rahmen einer Gesamtordnung gestellt wird. Das Gedicht gehört zu den so genannten Reichsprüchen, ist also politisches Programm. Der Dichter, der die schlimmen Zustände seiner Zeit beklagt, „Unrecht lauert im Hinterhalt, Gewalt fährt auf der Straße,“ sagt klar und deutlich, die drei Lebensziele können erst erreicht werden, wenn Friede und Recht wieder gesund werden. In dieser Form einer Anfrage ist das Problem der Vereinbarkeit von êre, varnde guot und gotes hulde in unserer Welt unter der Herrschaft von Friede und Recht noch immer aktuell für die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, sowohl im globalen Rahmen, wie gerade auch in Europa² und seinen supranationalen, nationalen und regionalen Institutionen.

¹ Die Bedeutung von êre verlagert sich später auf die subjektive Seite im Sinne einer zentralen Rittertugend, persönliche Ehrenhaftigkeit, moralische Integrität; das gilt wohl noch nicht bei WvdV, der von „weltlich êre“ spricht.

Die alte Frage wie man „zer werlte solte leben“ ist sicher heute in einem anderen Zusammenhang zu beantworten als vor 800 Jahren. Denn unsere Welt ist eine andere. Die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist eine zusammengewachsene Welt, was mit dem vieldeutigen, emotional aufgeladenen Wort „Globalisierung“ nur angedeutet ist. Aber wenn man miterlebt, dass ein Husten an der Börse von Schanghai die Besorgnis umgehen lässt, die Weltkonjunktur könne eine Lungenentzündung bekommen, erkennt man, dass es fast keinen Winkel der Erde mehr gibt, dessen Entwicklung und Veränderung uns nicht berührt oder berühren könnte.

Ohne an dieser Stelle näher auf die sehr kontrovers³ geführte Diskussion über Risiken und Chancen der Globalisierung einzugehen, erscheint es doch notwendig, auf einige Elemente dieses Prozesses hinzuweisen. Es geht um einen Prozess, nicht einen Zustand.

- Die Veränderungen der Welt in der wir leben, sind von einer unerhörten Dynamik. Es gibt in diesem Tsunami keine gesicherten Besitzstände an Wohlstand und Macht mehr. Die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, vor allem letzteres, sind weltweit beweglich geworden.
- Die Schnelligkeit der Veränderung nimmt zu. Raum und Zeit schrumpfen. Wissen nimmt zwar an Bedeutung zu, veraltet jedoch schneller. Der Prozess „schöpferischer Zerstörung“ (J.A. Schumpeter) wird immer wieder drastisch sichtbar.
- Die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft ist dramatisch gewachsen. Wir leben in einer Risikogesellschaft (Ulrich Beck), in ihren Technologien (Atomkraft, Gentechnik), der Gefährdung unserer Lebensgrundlagen durch Umweltzerstörung, Klimawandel und Übervölkerung, durch politische Konflikte (Terrordrohungen).

² Unter „Europa“ wird im Folgenden im Wesentlichen das in der EU zusammengeschlossene Gebilde verstanden.

³ Eine grundsätzlich kritische Position findet sich bei Röttger, Bernd, Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation, die politische Konstitution des Marktes, Münster 1997

- Die überkommenen Institutionen sozialer und politischer Regulierung und Gestaltung werden fragwürdig. Der Nationalstaat ist immer noch mächtig, aber nicht mehr das Maß aller Dinge. Postnationalstaatliche und transnationalstaatliche Regelungen werden zunehmend bedeutsam.
- Die soziale Ungleichheit im Weltmaßstab wie innerhalb der Nationalstaaten und Regionen nimmt tendenziell zu. Vorteile und Nachteile der Veränderung werden ungleich verteilt. Besonders bedroht sind dabei Menschen mit schlechter Ausbildung und beruflicher Qualifikation.

Vor diesem Szenario einer unsicheren Welt und Zukunft muss auch die Frage nach der Wirtschaft in Europa, ihren Chancen, ihren Bedrohungen gesehen werden. Dabei ist nicht nur der Betrachtungsgegenstand in Bewegung und Veränderung; er ist seinerseits Ergebnis von historischen Prozessen unterschiedlicher Art und zeitlicher Tiefe.

Die europäischen Wurzeln der Globalisierung: realhistorische und theoretische Aspekte

Es ist sicher keine unzulässige Vereinfachung, wenn man den Motor für diese Dynamisierung der Welt in der kapitalistischen Marktwirtschaft sieht. Die entscheidenden Impulse für den Globalisierungsprozess haben ihren Ursprung in Europa. Hier wurde der moderne Industriekapitalismus erstmals entwickelt und theoretisch begründet. Seine ersten Ausprägungen fand er in England des 18. Jahrhunderts. Seine eigentliche Sprungfeder waren Erfindungen (Steingart, 2006), die die Gesellschaft und ihre Produktionsprozesse revolutionär veränderten. Sie verbanden sich mit einer neuartigen Akkumulation des Kapitals. Warum gerade in England dieser Prozess in Gang kam ist eine bisher nicht abschließend beantwortete Frage. Für die Kapitalakkumulation spielte sicher der Protestantismus calvinistischer Prägung eine wichtige Rolle (Max Weber 1996 [1904/1905]).

Die präzedenzlose Gütervermehrung, die durch den industriellen Erfindungskapitalismus (Steingart) erfolgte und Absatzmärkte über den nationalen Rahmen hinaus verlangte, führte zu einer explosionsartigen Erweiterung des europäischen Macht- und Einflussbereiches auf dem Globus. Die Ausbreitung dieser Wirtschafts-

und Gesellschaftsform erfolgte in einem alles anderen als friedlichen Prozess. Steingart spricht von einer „Generalprobe“ der Globalisierung bis zum Ersten Weltkrieg. In vieler Hinsicht hatte diese Expansion die Dimension eines gigantischen Raubzugs mit riesigen Opfern in der außereuropäischen Welt und sozialen und kulturellen Demütigungen, die dort, etwa in China und Indien, bis heute nicht vergessen sind. Auch innereuropäisch ist diese „Erfolgsgeschichte“ zugleich eine Geschichte von Opfern und Leid der neu entstehenden besitzlosen industriellen Arbeiterklasse. Sie hat auch in der europäischen Sozialgeschichte Wunden und Narben hinterlassen, die mit dem Wort „soziale Frage“ nur angedeutet sind.

Der „Siegesszug“ der kapitalistischen Marktwirtschaft war sicher kein gerader Weg. Er kennt dramatische Abstürze. Am Ende der „Generalprobe“ stand eine Implosion in zwei von Europa ausgehenden Weltkriegen, die die europäische ökonomische und politische Vormachtstellung in der Welt nachhaltig zerstörte, und einer Großen Weltwirtschaftskrise zwischen diesen Kriegen, die die Legitimation dieser Form des kapitalistischen Wirtschaftens grundsätzlich in Frage stellten. Genau genommen hat sich die kapitalistische Marktwirtschaft⁴ als dominantes Modell erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts durchgesetzt als das Gegenmodell einer sozialistischen Planwirtschaft für derzeit nicht absehbare Zeit, vielleicht für immer, zusammenbrach.

Nicht nur die realen Grundlagen des modernen Industriekapitalismus liegen in Europa, sondern auch seine geistige und theoretische Begründung hat hier ihren Ursprung. Als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre und der kapitalistischen Marktwirtschaft gilt der schottische Moralphilosoph Adam Smith, Lehrstuhlinhaber für Moraltheologie an der Universität Glasgow. Sein berühmtestes Buch ist „Wealth of Nations“, „Reichtum der Nationen“ (1776). Weniger bekannt ist sein zweites Hauptwerk, seine „Theory of Moral Sentiments“ (1759), das seine wirtschaftstheoretischen Positionen ergänzt und teilweise ein-

⁴ John Kenneth Galbraith hat die Meinung vertreten, der Begriff Marktwirtschaft sei in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst eingeführt worden, um den durch die Weltwirtschaftskrise in Misskredit geratenen Kapitalismus unter neuer Bezeichnung beibehalten zu können.

schränkt. Das Ungleichgewicht in der Rezeptionsgeschichte dieser beiden Hauptwerke von Adam Smith erscheint mir für unser Thema bedeutsam.

Die zentrale These des „Reichtum der Nationen“ ist bekanntlich, dass freier Markt und Arbeitsteilung die besten Voraussetzungen für die Schaffung von Reichtum und Wohlstand sind. Dabei ist der Eigennutz der Menschen die entscheidende Antriebsfeder für ihr Verhalten. Der Staat soll sich aus dem Wirtschaftsleben möglichst heraushalten. Er muss allerdings die äußere Sicherheit (Militär) und die innere Sicherheit (Polizei und Gerichte) garantieren. Auch ein freier Markt braucht einen Rahmen und Regeln, die von der politischen Macht gewährleistet und durchgesetzt werden. Der geniale Trick und die Faszination dieser Theorie liegen in der Annahme, dass durch Verfolgung individueller eigennütziger Zwecke das Gemeinwohl, das Gesamtinteresse am nachhaltigsten gefördert würde. Dabei darf nicht übersehen werden, dass Smiths Wirtschaftstheorie nicht die gesellschaftliche Wirklichkeit seiner Zeit spiegelt, sondern gegen den herrschenden Merkantilismus mit umfangreichen Staatseingriffen und Monopolen gerichtet ist. Neben der Frage nach den Ursachen des Reichtums spielt allerdings in der ursprünglichen Lehre von Adam Smith eine andere Frage eine bedeutende Rolle, das Verlangen nach sozialer Achtung (der *être*) als Grundbedürfnis der Menschen. Sie ist neben dem egoistischen Streben nach materiellem Wohlstand (*varnde guot*) ein zweites gleichrangiges Bedürfnis der Menschen. Sie ist die Grundlage für die Achtung des Mitmenschen, für Empathie. Es ist bedeutsam, dass dieses Element der Lehre von Smith in der Wirkungsgeschichte seiner Schriften nahezu ganz unterdrückt worden ist⁵

⁵ In einer Analyse der Schriften von Adam Smith haben Amos Witztum und Geoffrey T. Young gezeigt, dass bei Smith ein klarer Hinweis auf einen Konflikt zwischen dem Naturrecht des Einzelnen auf Leben und Sicherung seines Existenzminimums (*right of subsistence*) und dem positiven Recht seiner Zeit besteht. Smith sieht die Spaltung der Gesellschaft in die Besitzenden einerseits und diejenigen, die von ihnen abhängig sind andererseits, durchaus und postuliert, so die genannten Autoren, aus seiner moralischen Grundposition sogar ein Recht des Menschen auf eine Entlohnung seiner Arbeit, die seine Existenz sichert, unabhängig davon, ob der Markt dies hergibt der nicht. Ein erstaunlich aktueller Kommen-

Um auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Es ist bemerkenswert, dass in diesem Theoriegebäude von Smith die Fragen nach Reichtum und in gewissem Abstand auch die Frage nach sozialer Achtung durchaus ihren Stellenwert haben, die Frage nach „*gotes hulde*“ hingegen ganz verschwunden scheint. Aber das ist nicht ganz zutreffend, denn für Smith schafft den Ausgleich der Interessen im Markt mit dem bestmöglichen Ergebnis die „*invisible hand*“. Es gibt eine intensive Diskussion darüber, was Adam Smith selbst mit dieser „*unsichtbaren Hand*“, die in seinem Werk nur an zwei Stellen vorkommt, gemeint hat. Er selbst hat möglicherweise nicht die Hand Gottes gemeint, die noch in vielen barocken Bildern sehr sichtbar aus einer Wolke hervorkommt, um die Geschichte der Menschen und damit auch die Wirtschaft unmittelbar zu lenken. Smith⁶ war aber unzweifelhaft ein durchaus religiöser Mensch, für den eine wohlwollende Gottheit, die Welt so eingerichtet hat, dass sie der menschlichen Glückseligkeit diene.⁷

Die kapitalistische Markttheorie leidet so, jedenfalls wenn man die Gesamtposition ihres wichtigsten Begründers ernst nimmt, an einer asymmetrischen Rezeption.

tar zur Frage des Mindestlohns!

⁶ Helen Joyce, Adam Smith and the invisible hand, 1997-2004 Millenium Mathematics Projekt, University of Cambridge)

⁷ Die Verengung der Smithschen Theorie auf Markt und Eigennutz und die weitgehende Ausblendung der Forderung nach sozialer Achtung ist sicher kein Zufall, denn der frühe Kapitalismus konnte mit einer Rechtfertigung von Ungleichheit und Egoismus sehr viel besser leben - zumal ja durch die unsichtbare Hand des Marktes das beste Ergebnis gesichert war - als mit einer Einschränkung des Marktes durch die Forderung nach sozialer Achtung des Einzelnen im Produktionsprozess. Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, dass für Adam Smith eine große Menge von moralischen Geboten aus der christlichen Tradition so selbstverständlich waren, dass er sie gar nicht gesondert in den Blick nahm. Wird nun aber die Theorie von der reichumsstiftenden Wirkung des individuellen Eigennutzes in einem freien Markt in andere Kulturzusammenhänge übernommen, wie dies im derzeitigen Globalisierungsprozess geschieht, so besteht die Gefahr, dass aus einem plausiblen Marktmodell, in dem Gott doch wenigstens versteckt wirksam ist, ein reiner sozialdarwinistischer Turbokapitalismus wird, wie wir ihn heute zumindest teilweise in der Welt der aufstrebenden außereuropäischen Marktmächte erleben.

Die Wiedergeburt Europas aus dem Geist von Frieden und Recht

Mit dem Rückblick auf die realgeschichtlichen und theoretischen Grundlagen des modernen marktwirtschaftlichen Industrie- und Erfindungskapitalismus wird deutlich: Es waren die europäischen Nationalstaaten, die den Geist der Globalisierung aus der Flasche ließen. Wir sind die Erben der Zauberlehrlinge, die mitten in einem immer schneller fließenden Sturzbach von Veränderungen mit Risiken und Chancen stehen. An uns ist die Frage gestellt, kann sich unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem im Strom der Globalisierung behaupten. Wie müssen wir uns verändern, damit wir bleiben können. Als Erben der Verursacher stehen wir in der Verantwortung.

Kann man aus der Geschichte, kann man aus Erfahrungen lernen? Schaut man heute auf die 50 Jahre seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957, die wir gerade mit vielen schönen und einigen kritischen Reden gefeiert haben, so möchte man mit einem „Ja“ antworten. Die Geschichte der Europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg ist, bei manchen Schönheitsfehlern und Defiziten, insgesamt eine einzigartige Erfolgsgeschichte⁸. Gerade mit unserer Ausgangsfrage des Herrn Walther von der Vogelweide wird unser Blick dafür geschärft, dass es in Europa gelungen ist, Frieden und Recht für einen ganzen Kontinent als Grundlage für eine außerordentliche wirtschaftliche und – wie zu zeigen sein wird – auch durchaus beachtliche sozialstaatliche Entwicklung zu sichern. Die friedenssichernde Wirkung der Einigung Europas nach Jahrhunderten blutiger Kriege, ist uns so selbstverständlich geworden, dass wir sie, vielleicht vor dem Hintergrund weltweiter Spannungen und Konflikte, nicht mehr wahrnehmen, obwohl sie doch die Voraussetzung von Wohlstand und sozialer Sicherheit ist. Die weitschauenden Gründer der Europäischen Einigung mit sechs Mitgliedern hatten vor allem die Verhinderung innereuropäischer Kriege im Sinn, die wirtschaftliche Einigung, beginnend bei Kohle und Stahl war ihnen zunächst nur ein Mittel zu diesem Zweck.

⁸ Dass zu dieser Erfolgsgeschichte seit 1989 auch die Wiedervereinigung Europas, einschließlich der deutschen Vereinigung gehört, bedürfte einer eigenen Würdigung.

Voraussetzung für richtiges Leben ist nicht nur Frieden, sondern auch Recht. Auch hier sehen wir oft nicht, welche außerordentliche Errungenschaft Europa auszeichnet: Die Rechtsstaatlichkeit oder in ihrer angloamerikanischen Version die „rule of law“. Sie wird über die nationalstaatliche Absicherung hinaus heute entscheidend auch von der EU und ihren Institutionen getragen. Die rechtssichernde und rechtsfortbildende Rechtsprechung des EuGH ist in Ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen. Die Anerkennung von Grundrechten als Fundament der EU, die vor dem Europäischen Gerichtshof von den Bürgern unmittelbar eingeklagt werden können, wobei das Europarecht, dem nationalen Recht – einschließlich des nationalstaatlichen Verfassungsrechts – vorgeht, ist von zentraler Bedeutung. Das gilt auch für die Europäischen Grundfreiheiten, der Freiheit des Warenverkehrs, des Personenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs und die Freiheit des Kapitalverkehrs. Für das Ungleichgewicht von politischen und wirtschaftsrechtlichen Grundrechten der Bürger einerseits und ihren sozialen Grundrechten andererseits ist allerdings kennzeichnend, dass für Europa zwar eine vom Europarat – nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat der Union – verabschiedete umfangreiche Sozialcharta besteht, wobei jeder Mitgliedsstaat mindestens 10 von 19 solcher sozialen Rechte anerkennen muss, diese sozialen Grundrechte binden aber nur die Staaten; sie sind von den Bürgern nicht unmittelbar einklagbar. Es gibt allerdings mittelbar durchaus Sanktionen durch Berichte über die jeweiligen nationalen Entwicklungen und entsprechende Empfehlungen.

Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolgs: Wettbewerb und Binnenmarkt

Frieden und Rechtsstaatlichkeit waren die Grundlagen für den erstaunlichen wirtschaftlichen Erfolg, den die Staaten der Gemeinschaft und heutigen Union in den vergangenen Jahrzehnten erzielen konnten. Nicht alle Mitgliedsstaaten, auch nicht alle Regionen und Branchen haben von diesem Wirtschaftswachstum gleichmäßig profitiert, aber insgesamt handelte es sich für fast alle Beteiligten um ein win-win Spiel, bei dem alle profitierten. Die Anziehungskraft der Gemeinschaft und späteren Union spiegelt sich nur zu deutlich in der wachsenden Zahl ihrer Mitglieder, die aus sehr handfes-

ten Gründen, nicht nur aus Begeisterung für die europäische Idee, um Aufnahme nachsuchten⁹.

Unzweifelhaft ist der Gemeinsame Binnenmarkt mit dem Fallen der internen Zollgrenzen und der Beseitigung von Handelsschranken, das zentrale Element des wirtschaftlichen Erfolges gewesen. Für jeden Anhänger liberaler Wirtschaftstheorien ist dabei der freie Wettbewerb der Motor des Erfolges gewesen.¹⁰

Die Integration auf der Basis eines Gemeinsamen Binnenmarktes hat sicherlich Wohlstand und Reichtum in allen Teilnehmerstaaten der Union gefördert. Sie hat „varnde guot“ produziert. Darin vor allem, denke ich, besteht die große Anziehungskraft des Vereinigten Europas, das zu einer Expansion auf inzwischen 27 Staaten geführt hat, von der sich die Gründerväter bei aller Weitsicht wahrscheinlich nichts haben träumen lassen. Dass hier die Bäume nicht in den Himmel wachsen, sei nicht verschwiegen. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten in den letzten Jahren in Europa waren eher bescheiden und das besonders exportabhängige Deutschland trug bis vor kurzem dabei die „rote Laterne“. Andere außereuropäische Volkswirtschaften glänzten derweil mit Wachstumsraten. Kritiker begannen den überzogenen Sozialstaat für diese Verlangsamung des Wirtschaftswachstums verantwortlich zu machen und verlangten seinen Abbau, zumindest seinen Umbau.

Kompetenzverschiebungen in der EU

In den 50 Jahren seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat sich eine gewaltige Verschiebung der Regelungs- und Gestaltungskompetenz im Wirtschaftsbereich von der nationalen zur europäischen Zuständigkeit vollzo-

⁹ Zum Erweiterungsprozess der Europäischen Union vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 27. März 2007. Dort auch eine Übersicht über Einwohnerzahl, Fläche und Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner der 27 Mitgliedstaaten.

¹⁰ Dabei sollte nicht vergessen werden, dass ein Bereich von vornherein vom freien Wettbewerb ausgeklammert wurde: die Landwirtschaft. Sie wurde von vornherein gegen den Konkurrenzdruck des Weltmarkts geschützt und mit Marktordnungen überzogen, die umfangreiche Regulierungen mit milliardenschweren Subventionen verbanden und eine riesige Bürokratie hervorbrachten. Es ist also nur ein unvollständiger Binnenmarkt, der hier entstanden ist.

gen, die im Alltag der Bürger vielfach kaum wahrgenommen wird, allenfalls in eher parodistischen Einzelheiten wie der Regelung des Krümmungsradius von Gurken oder die Regulierung der Sitzbreite von landwirtschaftlichen Traktoren durch die Brüsseler „Eurokraten“. Aber der Verlust an Regelungskompetenz für den nationalen Gesetzgeber und damit auch für die politische Gestaltungsfreiheit für die Nationalstaaten ist deutlich. Zum Teil wird, vor allem von den „Euroskeptikern“, schon eine Krise oder gar ein Abschied vom Nationalstaat beschworen. Das ist sicher übertrieben. Aber die Gesamtrichtung hin zu transnationalen Strukturen und Regelungen ist bei aller immer wieder auftauchenden Vitalisierung nationaler und regionaler Interessen und Besonderheiten unverkennbar.

Im Herzen der Kompetenzverlagerung liegt der Bereich der Wirtschaft und der Finanzmärkte. Die gleiche Kompetenzverlagerung und übernationale Regelungsintensität (besondere Gebiete: Verbraucherschutz, Fusionskontrolle, mit hohen Strafgeldern bei Kartellabsprachen, Vergaberichtlinien) wie bei der Vollendung des europäischen Binnenmarktes (1992) und der Freiheit des Kapitalverkehrs, die in der Währungsunion (EMU) mit der Einführung des Euro einen Gipfelpunkt fand, wird aber nicht in allen Politikfeldern erreicht, auch wenn es inzwischen neue „Säulen“ der Kooperation gibt, etwa im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit. Die rechtlichen Instrumente der Vereinheitlichung und Regulierung lassen für die Bürger der Union oft den dahinter stehenden Autor der Normen nicht erkennen. Neben der Verordnung als unmittelbar geltendes europäisches Recht spielt vor allem die Richtlinie eine Rolle. Hier wird eine Umsetzung durch den nationalen Gesetzgeber erforderlich. Aber die Kommission wacht über die Erfüllung und kann die Einzelstaaten auch verklagen, wenn sie ihrer Umsetzungsverpflichtung nicht rechtzeitig oder nur unvollständig nachkommen. Wichtig ist dabei festzuhalten, dass Europarecht grundsätzlich dem nationalen Recht, sogar dem nationalen Verfassungsrecht vorgeht. Das gesamte Wirtschaftsprivatrecht in der EU ist heute in der EU von europäischer Rechtssetzung überlagert oder unterlegt. Welchen Umfang diese Veränderung nationalen Rechts hat, wird deutlich, wenn neue Mitglieder

aufgenommen werden. Es sind dann gewaltige legislative und administrative Anpassungsarbeiten auf vielen Rechtsgebieten zu leisten.

Es gibt allerdings Politikbereiche, die aus verschiedenen Gründen stärker „europaresistent“ sind als Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte und die sich einer Harmonisierung oder Angleichung stärker widersetzen. Dies gilt gerade auch für den Bereich der Sozialpolitik und der sozialen Sicherungssysteme. Hierauf wird noch näher einzugehen sein.

Verschiedene Kapitalismusmodelle trotz gemeinsamem Markt – Varieties of Capitalism in Europa

Auch wenn generell festzustellen ist, dass sich die Regelungskompetenzen für den Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik in den letzten Jahrzehnten von den Nationalstaaten auf die europäischen Institutionen verlagert haben, bedeutet das nicht, dass nun ein einheitliches Modell der Marktwirtschaft in Europa oder gar ein einheitliches Modell der sozialen Marktwirtschaft herrschen würde.

In der Einleitung zu einer jüngst erschienenen Aufsatzsammlung unter dem Thema „Gibt es einen deutschen Kapitalismus?“ wird von den Herausgebern¹¹ darauf hingewiesen, dass es zum Thema des marktwirtschaftlichen Kapitalismus und seiner Leistungs- und Zukunftsfähigkeit durchaus unterschiedliche Betrachtungsperspektiven gäbe, ein wirtschaftshistorische einerseits und eine wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Perspektive andererseits. Dabei wird der historischen Richtung von den Sozialwissenschaftlern Mangel an theoretischer und konzeptioneller Problemdurchdringung vorgehalten, während die Historiker kritisieren, dass bei den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern eine zu hohe Abstraktion und mangelnde Sensibilität für das Gewicht der Vergangenheit herrsche. Dabei ist klar, dass ohne eine Berücksichtigung beider Perspektiven das hier zu behandelnde Thema nicht angemessen zu erfassen und zu erörtern ist. Es muss aber doch darauf hingewiesen werden, dass in dem nun folgenden Abschnitt über die verschiedenen Kapitalis-

musmodelle in Europa, ebenso wie über die Sozialstaatsmodelle, der Betrachtungsschwerpunkt vom historischen Akzent der vorhergehenden Teils stärker auf die Versuche einer analytischen und kategorialen Einordnung der vorhandenen wirtschaftlichen Ordnungssysteme in Europa gelegt wird. Das Erkenntnisinteresse in der wissenschaftlichen Diskussion ist hier, gerade in der vergleichenden Betrachtung und Forschung¹² auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, auf Wachstumsraten und Beschäftigungsquoten, die Produktion von „varnde guot“ gerichtet, auf Überlebensfähigkeit, Behauptung und Vorteile im internationalen Konkurrenzkampf. Andere Erfolgsparameter, etwa soziale Kohärenz, soziale Inklusion, Bildungschancen und persönliche Zufriedenheit der Menschen, auch ökologische Folgeneinschätzungen treten dabei eher zurück, – wenn sie auch immer wieder thematisiert werden.

Die systemvergleichende politikwissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Diskussion hat deutlich verschiedene Modelle kapitalistischer Wirtschaftsordnung aufgedeckt. Nachdem in der früheren Diskussion vor allem drei Typen unterschieden wurden, das anglo-amerikanische, das skandinavische und das kontinentaleuropäische Modell, wird in einem neueren Forschungsansatz von Hall und Soskice eine zweipolige Unterscheidung favorisiert, bei der jeweils am Ende der Skala idealtypisch das Liberale Marktwirtschaftsmodell (LME) und das Kooperative Marktwirtschaftsmodell (CME) steht. Die realen Wirtschaftssysteme lassen sich auf dieser Skala anordnen. Im Liberalen Modell, das im angelsächsischen Bereich vorherrscht, richten sich die einzelnen Marktteilnehmer, vor allem die Unternehmen und Konzerne direkt an relativ offenen Märkten aus und richten in offenen Vertragsgestaltungen ihre interaktiven Strategien entsprechend ein. Beim Kooperativen Modell werden dagegen die interaktiven Handlungsstrategien der Marktteilnehmer in großem Umfang in nicht marktbestimmten vernetzten institutionalisierten Informations- und Beratungssystemen abgestimmt. Herrscht bei dem liberalen Handlungsmodell die kurzfristige Ausrichtung mit großer Anpassungsfähigkeit

¹¹ Berghahn, Volker und R., Vitols, Sigurt, (Hg.), Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Tradition und globale Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft, 2006

¹² Nicht ohne eine gewisse Ironie ist die Aufstellung der führenden Wirtschaftsmodelle im wissenschaftlichen Diskurs, die eine Halbwertszeit von etwa 10 Jahren erkennen lässt bei Vitols a.aO. S.57

und Anpassungsnotwendigkeit vor, ermöglicht es die Beratungs- und Abstimmungsstrategie eher langfristige Orientierungen, die allerdings mit erheblichen Schwierigkeiten bei Umstellungen und Anpassungen im Markt verbunden sind.

Deutlich lässt sich dies am Beispiel der betrieblichen Berufsausbildung erkennen. Nur wenn eine einigermaßen überschaubare Chance besteht, dass die Investitionen in die Berufsausbildung auch den ausbildenden Unternehmen zu Gute kommt und umgekehrt auch die Ausgebildeten wissen, dass sie damit ihre Einkommens- und Berufschancen verbessern, lässt sich ein aufwändiges Berufsbildungssystem aufrecht erhalten und finanzieren. Branchenstruktur und Produktionsschwerpunkte, etwa technisch anspruchsvolle Fertigungen durch qualifizierte Facharbeiter - wie sie gerade für die deutsche Werkzeugmaschinenbranche und anspruchsvolle Automobilfertigung typisch sind - sind dabei für die Qualifikationsanforderungen ebenso bestimmend, wie sie durch die Qualifikationsstruktur bestimmt werden¹³.

Wichtig ist, dass solche Eigenheiten der jeweiligen Wirtschaftsordnungen nicht als isolierte Eigenheiten in einem Vergleich der Wirtschaftsleistung begriffen werden können, sondern als Ergebnis eines historischen Prozesses verstanden werden müssen, in dem sie geworden sind und nun ihrerseits die Handlungsparameter der Akteure, der Unternehmen, der Verbände und auch des Staates bestimmen und begrenzen. Sie sind daher auch nicht leicht zu ändern und sie machen es auch schwer, Einzelelemente aus einem anderen Kapitalismusmodell zu übernehmen. Die Möglichkeiten von Reformen sind daher in erheblichem Umfang „pfadabhängig“. Hinter den Institutionen in ihren jeweiligen Ausprägungen stehen kulturelle Traditionen und Wertvorstellungen, die oft so selbstverständlich sind, dass sie von den Beteiligten gar nicht artikuliert und ins Bewusstsein gehoben werden. Es zeichnet den Ansatz von Hall und Soskice aus, dass er versucht, solche Elemente in die vergleichende wissenschaftliche Betrachtung einzubeziehen und damit den Handelnden ermöglicht, die Unterschiede und ihre

¹³ Die Tatsache, dass es zunehmend schwer fällt, ein ausreichendes Angebot von Lehrstellen auf freiwilliger Basis zu Verfügung zu stellen, zeigt allerdings deutlich den Veränderungsdruck, dem sich die kooperative Wirtschaftsstruktur ausgesetzt sieht.

Ursachen zu erkennen und sich bewusst zu machen.

Die deutsche Version der Kooperativen Marktwirtschaft

Die Bundesrepublik Deutschland gehört in dieser Typologie der Kapitalismusmodelle deutlich unter die kooperationsgeprägten Marktwirtschaften. Der Ausdruck „rheinischer Kapitalismus“ ist dafür kennzeichnend.¹⁴ Er verweist auf ein intensives Geflecht der Unternehmen miteinander mit überkreuzenden Beteiligungen in Vorständen und Aufsichtsräten, mit Kapitalbeteiligungen von Hausbanken und einer intensiven Kooperation der Tarifpartner und der Betriebsräte in einer gesetzlich geregelten Mitbestimmung bis in die Unternehmensverfassung hinein. Diese Verflechtung wird unter dem Druck der Internationalisierung der Märkte zunehmend kritisch gesehen, es wird vom Ende der Deutschland AG gesprochen, die lange Zeit wie ein Schutzwall gegen ausländische Kapitalbeteiligungen und Unternehmensübernahmen wirkte.¹⁵

In diesem Zusammenhang ist auch kurz auf den Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ einzugehen. Es ist hier nicht möglich, auf die vielschichtige Geschichte von Theorie und Praxis detailliert einzugehen¹⁶. Er hat aber besonders in Deutschland eine wichtige Rolle gespielt. Entwickelt vor allem von Müller-Armack und Walter Eucken in den Überlegungen der Widerstandsbewegung gegen Hitler zu einer künftigen deutschen Wirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, von Ludwig Erhard zur praktischen Anleitung seiner Wirtschaftspolitik gemacht und mit dem „deutschen Wirtschaftswunder“ verbunden, hat der Begriff viele Interpretationen und Adaptionen erfahren. Die Verbindung von „sozial“ und „Marktwirtschaft“ eignet sich wunderbar für verbale Formelkompromisse, die von „drittem Weg“ über ordoli-

¹⁴ Albert, Michel, *Capitalisme contre capitalisme*, Paris (1991)

¹⁵ Polemisch setzt sich etwa der Herausgeber der *Financial Times* Wolfgang Münchau, (Das Ende der sozialen Marktwirtschaft, 2006), mit dem Begriff des „rheinischen Kapitalismus“ auseinander und spricht eher von einem „rheinischen Klüngel“, der den Blick auf die notwendigen Reformen und Umbauten des Sozialstaates in Deutschland verstelle.

¹⁶ Vgl etwa Blum, Reinhard, Stichwort: Marktwirtschaft, soziale in HdWW

berale Vorstellungen bis neoliberalen Modellen einerseits und linkskeynesianischer Globalsteuerung andererseits reichen. Dies könnte auch für eine Auslegung des vorliegenden Verfassungsvertrages der Europäischen Union – inzwischen allerdings ein Projekt mit ohnehin geringen Realisierungschancen – ein Problem darstellen, der in Artikel I-3 davon spricht, dass die Union hinwirke auf ... „eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt“.

Die Diskussion über die Überlebensfähigkeit der jeweiligen Kapitalismusmodelle wird überaus kontrovers geführt. Eine wirklich schlüssige Beweisführung für die Überlegenheit des einen oder anderen Systems fehlt, zumal beide sich unter globalem, nicht vollständig beherrschbarem Veränderungsdruck befinden. Beide haben in der Vergangenheit sowohl erhebliche Veränderungen durchgemacht und erstaunliches Anpassungspotential bewiesen. Im weltweiten Maßstab scheinen sich die Chinesen, mit ihrem besonders expansiven – allerdings auch risikoreichen – liberalen Kapitalismusmodell (unübersehbar problematisch politisch flankiert) am anglo-amerikanischen System der LME zu orientieren, während die Staaten Osteuropas eher zum Modell des Kooperativen Kapitalismus (CME) hingezogen erscheinen. Auffallend bleibt die relative Kurzatmigkeit der Diskussion und der Präferenzen: Konjunkturelle Schwankungen erhellen und verdüstern die Perspektiven. Wichtig ist jedoch allein der langfristige Entwicklungshorizont. In einer schnellen Welt scheint der schnelle Anpasser im Vorteil, aber die Fähigkeit zu langfristiger Orientierung hat ihre eigene Rationalität. Stimmungen vergehen, Strukturen und Institutionen bleiben – relativ. Es müssen nur die richtigen, orientierenden und flexiblen Strukturen sein. Der neoliberale Gedanke, durch Wachstum alle Probleme der Zukunft lösen zu können (mehr *varde guot!*), erscheint mir vor dem Hintergrund selbsterstörerischer Ressourcenausbeutung auf der Erde und zunehmender sozialer (Chancen)ungleichheit keine dauerhafte Alternative. Die Erfahrungen mit staatsinterventionistisch gelenkter Wirtschaftspolitik allerdings auch nicht.

„Good governance“, kluge und integrative Unternehmens- und Sozialpolitik ist vielleicht

eine Hoffnung, bisher mehr ein Versprechen als eine Realität.

Die unterschiedlichen Sozialstaatsmodelle in Europa

Noch deutlicher als im Bereich der marktwirtschaftlichen Systeme innerhalb Europas wird die Verschiedenheit der prägenden Traditionen und Institutionen im Bereich der sozialstaatlichen und wohlfahrtsstaatlichen Systeme in Europa. Global betrachtet hebt sich das Gesamtsystem sozialer Sicherung recht deutlich vom Rest der Welt, vor allem der nichtwestlichen Welt ab. Es wird deshalb seit etwa einem Jahrzehnt von einem „Sozialmodell Europa“¹⁷ gesprochen. Dies zeigt sich vor allem an den deutlichen Abständen der aufgewendeten öffentlichen Mittel für soziale Sicherung, gemessen im Anteil am jeweiligen Inlandsozialprodukt. Selbst das europäische Schlusslicht bei den Sozialausgaben, Griechenland erreicht hier einen Prozentsatz von 13 Prozent, während der vergleichbare Anteil in den USA bei (8 %) und in Japan bei nur 12 % liegt. Die Spitzenwerte von Dänemark und Schweden (40 % der öffentlichen Haushalte) zeigen allerdings auch hier, dass innerhalb der EU recht drastische Unterschiede bestehen. Nur mit Vorbehalt kann man daher von einem europäischen Sozialmodell sprechen.

Die Unterschiede innerhalb Europas gehen dabei nicht nur auf unterschiedliche Wirtschaftskraft in den einzelnen Staaten zurück. Sie betreffen auch den Aufbau und die Finanzierung der sozialen Sicherungs- und Leistungssysteme. In der wissenschaftlichen Diskussion werden derzeit drei verschiedene Modelle des europäischen Sozialstaats oder Wohlfahrtsstaats identifiziert, das angelsächsische (liberale), das deutsche, kontinentale (konservative) und das skandinavische (sozialdemokratische) Modell¹⁸. Keines von ihnen ist statisch, sondern alle sind Veränderungen unterworfen und jedes von ihnen steht unter einem deutliche Anpassungs- und Veränderungsdruck.

¹⁷ Kaelble, H und Schmid, G. (Hg.), Das europäische Sozialmodell, auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat, WZB Jahrbuch 2004

¹⁸ Hinzu kommen inzwischen das „nachholende“ südeuropäische Modell und neuerdings wohl auch das osteuropäische Modell.

Die Hauptgründe für den Veränderungsdruck sind aber im Wesentlichen die gleichen. Sie folgen aus dem internationalen Konkurrenzdruck bei der Behauptung auf dem Weltmarkt, mit strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Sie ergeben sich außerdem aus demographischen Faktoren wie einer geringeren Geburtenrate bei zunehmender Lebenserwartung der Bevölkerung und sie werden auch durch Konjunktur- und Wachstumskrisen verschärft. So unterschiedlich auch soziale Sicherungssysteme sein mögen, sie setzen eines voraus: eine prosperierende Wirtschaft als Grundlage der Verteilung und Umverteilung des erwirtschafteten Sozialprodukts. Umgekehrt muss aber auch die Frage gestellt werden, wie weit beeinflusst die Sozialpolitik die Wirtschaftskraft. Die Frage ist seit langem aktuell, sieht man soziale Integration und sozialen Frieden als Voraussetzung für eine produktive Entwicklung an, so ist dieser Zusammenhang schon im Beginn der großen sozialen Leistungsmodelle zu erkennen. Das konservative Modell der Bismarckschen Reformen war klar auf die Befriedung des Klassengegensatzes gerichtet. Dies gilt übrigens auch für die parallelen sozialen Bestrebungen der christlich-sozialen Bewegung um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert.

Insofern sind sozialer Friede und soziale Sicherheit auch ein Standortfaktor im globalisierten Wettbewerb. Das gilt insbesondere auch für soziale Leistungen im weiteren Sinne wie Gesundheitswesen und Bildungssysteme. Es geht hier nicht nur um belastende Kosten, sondern auch um Investitionen.

In der Geschichte des Sozialstaats in Europa lassen sich deutliche Phasen erkennen. Sie sind allerdings in den jeweiligen Grundtypen verschieden und nicht immer synchron verlaufen. Ich kann hier in dem zur Verfügung stehenden Rahmen diese jeweiligen Verläufe nicht nachzeichnen. Für die gesamteuropäische Entwicklung nach dem Beginn des europäischen Einigungsprozesses ist jedoch von Bedeutung, dass die Angleichung der sozialen Sicherungssysteme nur am Rande der Wirtschaftsintegration stattfand. Schwerpunkt war die jeweilige nationale Gestaltung. Bei der Union der ersten sechs Mitglieder wäre eine Harmonisierung der Sozialsysteme durchaus noch denkbar gewesen, gehörten doch diese Staaten insgesamt zum kontinentalen Modell des Sozialstaats. Die Integration in diese Richtung wurde aber zurückgestellt,

da für Frankreich der gemeinsame Agrarmarkt größere Bedeutung hatte¹⁹.

In den Jahren der großen europäischen Prosperität in den 60er und 70er Jahren erfolgte zwar ein massiver Ausbau des Sozialstaates und seiner Leistungssysteme, aber dies führte eher zu mehr Differenz als zu mehr Konvergenz. Die Integration konzentrierte sich deshalb weniger auf eine gemeinsame Sozialpolitik – auch wenn mit der Anerkennung von sozialen Grundrechten neben den traditionellen Grundrechten und ihrer Verankerung in der Sozialcharta wichtige Wegmarken zu einem sozialen Europa gesetzt wurden – sondern auf die Frage ein Sozialdumping in der Gemeinschaft zu verhindern. Dass daneben auch mit dem Europäischen Strukturfonds und seinem wichtigen Europäischen Sozialfonds gewaltige finanzielle Mittel eingesetzt wurden, um die Lebensverhältnisse innerhalb der Gemeinschaft an einander anzugleichen, ist sicher auch sozialen Motiven geschuldet, aber insgesamt blieb die marktwirtschaftliche Zielsetzung stets dominierend.

Mit der Aufnahme der nordeuropäischen Staaten und vor allem mit dem Beitritt Großbritanniens wurde eine schnelle Angleichung der sozialstaatlichen Leistungssysteme parallel zur wirtschaftlichen Integration praktisch unmöglich. Durch den Beitritt der südeuropäischen Länder und nun der osteuropäischen Staaten hat sich die die Situation der Differenz noch verschärft und gleichzeitig die Frage einer gemeinsamen oder doch abgestimmten Sozialpolitik in Europa mit erneuter Dringlichkeit auf die Tagesordnung gestellt.

Es ist mit Recht auf die Ungleichgewichte, die Asymmetrie in der Regelungskompetenz für den eigentlichen Wirtschaftsbereich (stark) und für die Sozialpolitik (schwach) in der EU hingewiesen worden²⁰. Nicht nur die nationalen Unterschiede sind weitgehend bestehen geblieben, auch die grundsätzlichen Positionen divergieren. Während einerseits ein Rückbau des Sozialstaates gefordert wird, mit einem Abbau von Leistungsrechten und Arbeitnehmerschutzrechten, damit man den globalen Konkurrenzdruck besser standhalten könne, wird andererseits ein Ausbau und Umbau, ja eine neue Architektur

¹⁹ Scharpf, Fritz W. The European Social Model, 2002

²⁰ Scharpf, 2002

des Sozialstaates als Thema der Stunde gesehen²¹.

Ein besseres Gleichgewicht zwischen den Regelungsbereichen von Wirtschaft und Sozialpolitik in Europa erscheint allerdings unabdingbar. So ist nicht nur in der jüngst verabschiedeten „Berliner Erklärung“ der soziale Aspekt der Union deutlich verstärkt und hervorgehoben worden. Schon vorher hat sich auch auf der institutionellen Ebene der Union ein neuer Koordinierungs- und Beratungsmodus abgezeichnet, die OMC, d.h. die Open Method of Cooperation, ein bewusst offenes Verfahren, das es ermöglichen soll, nicht nur die Information über Ziele und Verfahren in bestimmten Politikbereichen wie gerade der Sozialpolitik zu verbessern, sondern auch eine Harmonisierung von Zielen zu erreichen, ohne einen institutionellen Zwang auszuüben. Die Wirksamkeit dieser OMC ist bislang noch nicht klar erkennbar, aber der Bereich der Sozialpolitik in der EU ist ausdrücklich benannt worden und hierfür eine entsprechende Diskussions- Beratungs- und Berichtsstruktur eingerichtet worden.

Die religiösen Wurzeln sozialer Sicherungssysteme in Europa

Der spürbare Druck auf ein sozialeres Europa, das öffentlich bekannte Streben nach mehr Abstimmung und Einheitlichkeit in der Sozialpolitik machen ihrerseits den Blick auf die Verschiedenheit der jeweiligen Systeme sozialer Sicherheit notwendig. Es geht dabei um mehr als die Grundtypen, die Esping-Andersen (1990) in der Untersuchung „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ unterscheidet. Gerade vor dem Gesamthema unserer Tagung über die sozialetischen Positionen der Kirchen zu Europa ist es wichtig zu bemerken, dass die Unterschiede in der Sozialpolitik sehr weit und tief reichende Wurzeln haben und dass diese Wurzeln in unterschiedlichen religiösen, insbesondere konfessionell geprägten Wert- und Gesellschaftsvorstellungen verhaftet sind. In einer noch nicht veröffentlichten Dissertation hat die Sozialwissenschaftlerin Sigrun Kahl²² diesen

unterschiedlichen Grundlagen im konfessionellen Urgestein Europas nachgespürt und sehr klare Differenzen zwischen katholischen, lutherischen und calvinistisch reformierten Modellen aufgedeckt.

Kahl vertritt dabei die These, dass es in der Entwicklung der jeweiligen sozialen Sicherungs- und Leistungssysteme – entgegen der etablierten Meinung in der Wissenschaft – keinen Bruch zwischen den ursprünglichen Systemen der Armenpflege, die weitgehend von kirchlicher und kommunaler Almosenleistung und privater Versorgung geprägt waren, gäbe. Nach sonst allgemein akzeptierter Meinung hat das moderne wohlfahrtsstaatliche Sozialversicherungssystem die historischen Versorgungssysteme der Betreuung der Armen und Kranken ersetzt als deutlich wurde, dass diese dem Problemdruck, der mit der industriellen Massengesellschaft entstand, nicht mehr gewachsen war. Die Autorin erklärt nun, dass von einem Bruch eigentlich nicht gesprochen werden kann. Die umfangreichen sozialen Leistungs- und Unterstützungssysteme seien vielmehr in den einzelnen Ländern auf der Grundlage der jeweiligen konfessionell geprägten Armenpflege und deren Wertvorstellungen aufgebaut worden. Die dabei zu Grunde liegenden religiösen Auffassungen seien allerdings oft den Beteiligten gar nicht klar bewusst gewesen. Hinter den scheinbar säkularisierten politischen Gestaltungsprogrammen seien aber weiterhin konfessionelle Wertvorstellungen wirksam.

Es sind im Kern Unterschiede in der Schöpfungslehre und vor allem der Rechtfertigungslehre – eben die Frage nach „gotes hulde“ - die hier eine Rolle spielen. Das gilt zunächst für die Wertschätzung der Arbeit. Vereinfacht lässt sich sagen, dass für die Katholiken, wie für das Mittelalter bis zur Reformation, die Arbeit eine Last ist, Folge des Sündenfalls und der Vertreibung aus dem Paradies. Für die Lutheraner ist Arbeit dagegen durchaus positiv besetzt, als „Beruf“ wichtig und verpflichtend. Aber die Rechtfertigung des Menschen durch gute Taten wird verworfen und der Wert der Arbeit unter Heilsgesichtspunkten damit relativiert. Noch schärfer ist die Arbeit in der reformierten calvinistischen Lehre besetzt. Nach der strengen Prädestinationslehre Calvins ist die Frage der Erwähltheit des Einzelnen durch Gott innerweltlich nicht zu beantworten. Aber äußere Zeichen spielen doch eine Rolle. Wirtschaftlicher Erfolg

²¹ Esping-Andersen, Gösta, Why we need a new welfare state, Oxford 2003

²² Kahl, Sigrun, The Religious Roots of Modern Poverty Policy: Catholic, Lutheran, and Reformed Protestant Traditions Compared, Arch.europ sociol. XLVI, 1 (2005) 91-126

ist positiv zu sehen, Faulheit und Trägheit und in ihrem Gefolge Armut sind auf jeden Fall negative Anzeichen. Wenn Gnade nicht verwirkt werden soll, muss zumindest die Arbeitsanstrengung erbracht und aufrechterhalten werden. Es ist auch nicht erlaubt, sich zurückzulehnen und die Früchte der Arbeit sorglos zu genießen.

Die konfessionellen Unterschiede zeigen sich auch in der Einstellung gegenüber der „Armut“ als sozialem Problem. In der katholischen Auffassung ist Armut eher Schicksal und göttliche Fügung. Außerdem gibt sie den Reichen die Möglichkeit, durch Almosen gute Werke zu verrichten und Punkte im Himmel zu sammeln. Komplizierter ist die Lage bei den Lutheranern. Da wird Armut nicht als Schicksal angesehen. Damit öffnet sich sehr früh die Möglichkeit staatlichen Eingreifens und staatlicher Gesetzgebung und Verantwortung wie dies in den skandinavischen Ländern der Fall war. Noch schwieriger ist die Lage bei den reformierten Protestanten. Hier stellt sich die Frage, ob die Armut verschuldet ist oder nicht. Anspruch auf soziale Unterstützung haben eigentlich nur die „deserving poor“, was einer genauen Prüfung bedarf. Wer faul ist, hat eigentlich keinen Anspruch. „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.“

Diese Grundpositionen, so die sehr plausible Darlegung von Sigrid Krahl, bestimmen auch die Grundstrukturen der Sozialpolitik in den europäischen Staaten. Sie zeigen sich gerade auch wenn es um den scheinbaren Königsweg der europäischen Sozialpolitik geht, soziale Leistung und Arbeitsmarktpolitik so zu verbinden, dass durch Zugang zur Arbeit Armut verhindert wird. In katholischen Ländern wie Italien und Frankreich wird kaum Druck auf Menschen ausgeübt, die arbeitslos sind, Arbeit aufzunehmen. In Ländern mit lutherisch protestantischer Tradition wie Deutschland, wo allerdings auch starke katholische Traditionen wirksam sind, gibt es einen gewissen, aber nicht allzu heftigen Druck zur Arbeitsaufnahme²³. In den skandinavischen Ländern wird eine Fülle von Integrations- und Förderungsmaßnahmen angeboten, die die Menschen wieder in den Arbeitsprozess integrieren sollen und die nicht integrierbaren

²³ Inzwischen verstärkt durch die Hartz IV Gesetzgebung. Vielleicht war der Widerstand gegen diese Regelung auch deshalb so heftig, weil eine religiös fundierte Gerechtigkeitsvorstellung betroffen war.

werden relativ großzügig versorgt. Sehr schön illustriert den konfessionellen Hintergrund dieser Politik eine Antwort eines schwedischen Interviewpartners von Sigrun Kahl, der auf die Frage, warum man so viel Wert auf die Arbeitsintegration der Menschen lege, sagte: „Vi har alltid Luther paa vara axlar – Wir haben immer Luther auf unseren Schultern“. In den reformiert protestantischen Ländern, vor allem in der angloamerikanischen Tradition, gibt es einen scharfen Druck auf Sozialhilfeempfänger, die keine Arbeit aufnehmen wollen. Hier werden entsprechende Leistungen rigoros gekürzt. Auch die Leistung für unverschuldet in Not geratene Menschen ist eher auf ein Minimum reduziert.

Auch in der institutionellen Struktur der sozialen Leistungssysteme und in der Rolle des Staates zeigen sich Unterschiede, die sich zumindest auch auf religiöse Wurzeln zurückführen lassen. In Ländern wie Italien und Frankreich sind die sozialen Leistungssysteme stark fragmentiert und auf vielerlei Instanzen zersplittert. In Deutschland gibt es zwar weitgehend gesamtstaatliche gesetzliche Rahmenregelungen, bei starker kommunaler und sozialer Selbstverwaltung und Beteiligung, teilweise sogar Dominanz privater und kirchlicher Einrichtungen in der sozialstaatlichen Landschaft – sicherlich auch unter dem Einfluss der katholischen Soziallehre und ihrem Subsidiaritätsprinzip. In den skandinavischen, lutherisch geprägten Ländern ist die Ausgestaltung der sozialen Leistungssysteme fast immer staatlich und universalistisch.

Strategien für eine Harmonisierung der Sozialpolitik in Europa

Mit diesem Exkurs in die religiösen Wurzeln europäischer Sozialpolitik und Leistungssysteme wird nicht etwa der Aussichtslosigkeit einer Angleichung und Harmonisierung das Wort geredet. Eher im Gegenteil, wenn dieses Ziel verfolgt werden soll, ist es notwendig die verschiedenen Ausgangslagen und die oft gar nicht immer klar wahrgenommenen und artikulierten Werturteile und Gerechtigkeitsvorstellungen der Beteiligten ins Bewusstsein zu heben. Auch in der Vergangenheit haben sich die sozialen Sicherungssysteme in Europa verändert und in ihren Veränderungen wechselseitig beein-

flusst²⁴, das Bismarcksche Sozialmodell (geprägt durch Umlagefinanzierung) hat beispielsweise seinerzeit weit über Deutschland hinaus gewirkt, ähnlich wie das Beveridge Modell (geprägt durch Steuerfinanzierung) Großbritanniens.

Die folgenden Ausführungen, das sollte um der Klarheit der Argumentation hervorgehoben werden, wechseln abermals den methodischen Standpunkt. Herrschte im ersten Teil eine historisch dominierte Betrachtung vor und war im zweiten Teil die analytisch komparative Betrachtung vorherrschend, so geht es nun um die Entwicklung einer normativen, präskriptiven Position.

Eine bessere Abstimmung zwischen einer integrierten Wirtschafts- und Finanzpolitik einerseits – und auch einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik – mit der Sozialpolitik andererseits, d.h. ein soziales Europa ist nicht nur wünschenswert, es ist in vieler Hinsicht für die gemeinsame Zukunft der 27 Mitgliedsstaaten eine Überlebensfrage. Die Frage lautet, wie viel und welchen Sozialstaat können und müssen wir uns leisten, damit die europäische Integration nicht in einer rein wirtschaftlichen Interessengemeinschaft verkommt, in der nationalstaatliche Interessen basarhaft ausgehandelt werden und bürokratische Regulierungen nur Irritationen der Bürger und keine Identifikation mit dem großen europäischen Projekt von Frieden und Recht, Vielheit in Einheit und Wohlstand mit sozialer Achtung erzeugen. Ein Europa, das sich auf wirtschaftliche Integration beschränkt, hat keine dauerhafte Zukunft. Es hat auch keine Grenzen, die sich plausibel bestimmen lassen.²⁵

²⁴ Berghahn, Volker und R., Vitols, Sigurt, (Hg.), vgl. Anm. 11.

²⁵ Europa ist, so immer wieder beschworen, eine Wertegemeinschaft. Aber welches sind diese Werte? Die Würde des Einzelmenschen, sein Anspruch auf ère, auf soziale Achtung gehört sicher ins Zentrum dieser Werte. Rechtsstaat und Demokratie gehören sicher auch dazu. Schwieriger ist es mit der Religion, dem Christentum. Mir scheint ein anderes Kriterium wichtiger: das Vorhandensein oder das Fehlen einer Zivilgesellschaft (civil society). Damit gehören Russland, Weißrussland und wahrscheinlich auch die Ukraine, jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der *Integrierbarkeit in den acquis communautaire*, nicht in die EU, auch wenn sie geographisch dazu rechnen. Für die Türkei ist derzeit nicht abzusehen, ob es dort gelingen kann, durch Reformen

Die europäische Idee und Identität leidet und profitiert zugleich von einem Widerspruch: der Vielheit und Vielfalt ihrer nationalen und regionalen Traditionen. Sie machen den einzigartigen Reichtum dieses Kontinents aus. Sie dürfen und sollen nicht eingeebnet werden, gleichzeitig aber müssen sie in einen allgemeinen Rahmen eingefügt werden, der sie zumindest kompatibel, wenn nicht wechselseitig befruchtend macht.

Ein gemeinsamer rechtlicher Rahmen ist dafür auch erforderlich, wie er im europäischen Verfassungsprojekt angelegt ist, der die Asymmetrie zwischen den wirtschaftlichen und den sozialen Komponenten der Union vermindert. Das offene OCM System wird hier nur ein erster Schritt sein, es wird auf die Dauer nicht reichen. Eine Verstärkung der politischen Zusammenarbeit und eine Festlegung von Mindeststandards, vielleicht auch mit Gruppenlösungen für mehrere Mitgliedstaaten könnte vielleicht weiter führen, ohne dass dies gleich generell auf ein Europa mit verschiedenen Geschwindigkeiten hinauslaufen müsste.

Plädoyer für eine neue Architektur des Sozialstaates in Europa

Wenn es zutrifft, dass alle Sozialstaatsmodelle in Europa vor einer globalen Herausforderung stehen, die ihre Überlebensfähigkeit generell in Frage stellt, kann die Unterschiedlichkeit und Zersplitterung der vorhandenen Systeme nicht passiv und resignativ zur Kenntnis genommen werden. Es müssen vielmehr Wege aus der Bedrohung gesucht werden. Es ist insofern bemerkenswert, dass in der derzeitigen Diskussion um die Überlebensfähigkeit der verschiedenen Kapitalismusmodelle nicht mehr einseitig von der „Pfadabhängigkeit“ der jeweilig gewachsenen Strukturen und ihren Reformmöglichkeiten gesprochen wird, sondern zunehmend der Blick auf die Möglichkeit von Pfadwechseln und historischen Beispielen für solche transnationalen Veränderungen und Beeinflussungen gerichtet wird. Die großen Herausforderungen an die sozialstaatlichen Systeme sind, bei durchaus vorhandenen Unterschieden in einzelnen, im Kern die gleichen in ganz Europa. Die demographische Veränderung durch geringere Geburtenraten und längere Lebenserwartung trifft generell die entwickelten Länder der

_____ eine Zivilgesellschaft zu etablieren.

Erde. In Europa kommt als Folge der Arbeitsverlagerung vor allem einfacher und schlecht bezahlter Tätigkeiten in Länder außerhalb Europas ein in dieser Dimension neuartiges Problem hinzu, die nachhaltige Arbeitslosigkeit erheblicher Teile der Bevölkerung mit geringer Ausbildung und Qualifikation. Die Frage nach dem Prekariat, dem Lumpenproletariat, dem nicht oder nur schwer integrierbaren „Bodensatz“ in der Bevölkerung ist allen Mitgliedsstaaten der Union in unterschiedlicher Schärfe gestellt. Deutschland, Frankreich und Italien sind hier besonders betroffen.

Die Antwort auf diese Frage wird zu einem Prüfstein der europäischen Idee und der viel beschworenen Wertegemeinschaft. Es geht um mehr als eine minimale Absicherung gegen existenzbedrohende unvorhersehbare und unabwendbare Risiken und eine Minimalversorgung am Rande des Existenzminimums. Darüber, dass dies zu leisten ist, besteht im Grunde Konsens. Es geht jedoch um die Frage, ob eine insgesamt reiche Gesellschaft es sich leisten kann, eine erhebliche Gruppe von Menschen auszugrenzen und von der Teilhabe an Bildungs- und Arbeitschancen dauerhaft auszuschließen.

Ich komme noch einmal auf den Begriff „*être*“ im Sinne von sozialer Achtung zurück. Das Streben nach sozialer Achtung als einem Grundbedürfnis des Menschen hat etwas mit dem Kern der menschlichen Würde zu tun, dem Selbstwertgefühl²⁶. Dies kann sich nur entwickeln und bestätigen, wenn es von sozialer Achtung getragen wird. Eine Gesellschaft, die darüber zur Tagesordnung übergeht, dass Millionen gleichsam außerhalb existieren müssen, gefährdet ihre eigenen Grundlagen ebenso wie eine Wirtschaft, die ihre natürlichen Ressourcen zerstört. Sie verliert ihre Legitimität. Ein sol-

²⁶ Sehr eindrucksvoll hat dies der belgische Minister für Soziale Angelegenheiten, Frank Vandenbroucke in seinem Vorwort zu der Aufsatzsammlung „Why we need a new welfare state“ (2003) formuliert: „Since participation in social life is crucial for gaining respect from others and self-respect, the opportunity to participate actively in society is one of the basic opportunities that should be the right of everyone.“ Vandenbroucke verweist dabei auf den Theoretiker der sozialen Gerechtigkeit, Rawls, der „considers self-respect as perhaps the most important of his ‘social primary goods’, d.h. ‘goods that social justice should distribute fairly’ und fordert ‘the social bases of self-respect are to be distributed equally, not only in the labour market’“

cher sozialer Ausschluss ist deshalb, um ein berühmtes Zitat von Talleyrand zu verwenden, als er die Ermordung des Herzogs von Enghien durch Napoleon kommentierte, schlimmer als ein Verbrechen, er ist ein Fehler.

Kernstück einer neuen „aktiven Sozialpolitik“ in Europa muss die Ermöglichung der „inclusion“, der Teilhabe, sein. Das Problem sollte dabei nicht in erster Linie als ein moralisches Problem gesehen werden oder als eine Frage der Solidarität, sondern viel nüchterner und im Sinne eines aufgeklärten Eigeninteresses der begünstigten sozialen Mehrheit. Dabei geht es nicht um ein zersplittertes Maßnahmenbündel zur Reparatur bestehender Mängel, sondern um eine Gesamtstrategie, die darauf zielt, allen – oder doch der großen Mehrzahl – Menschen Zugang zu den Chancen auf Wohlstand und soziale Achtung zu ermöglichen, von der Kindheit bis ins hohe Alter. Sozialpolitik muss in ihrem Schwerpunkt von Reparatur auf Prävention umgepolzt werden. Aktive Sozialpolitik muss als gesellschaftliche Investition begriffen werden. Das heißt und das ist nicht neu, in ihrem Mittelpunkt muss Investition in die Bildung der Menschen stehen, nicht nur zu Beginn ihres Lebens, sondern lebenslang. Sie kann auch vor der Organisation der Arbeitsprozesse in unserer Gesellschaft nicht Halt machen. Sie verlangt neue Flexibilität nicht nur von den Menschen, sondern auch von organisatorischen Lösungen und Innovationsprozessen. Das ist ein kühnes Plädoyer, denn es geht auch um eine Umlenkung der finanziellen Ressourcen in unserer Gesellschaft, die schon jetzt ihr Bildungssystem sträflich unterfinanziert lässt. Aber ohne eine Vision, ohne einen Traum von einer besseren und gerechteren Gesellschaft, sieht es für die Zukunft Europas in einer globalisierten Welt ziemlich düster aus. Sicher ist ohne eine leistungsfähige Wirtschaft auch eine erfolgreiche neue Sozialpolitik nicht denkbar, aber nur wirtschaftliche Leistungsfähigkeit allein reicht eben nicht aus, um die Zukunft Europas zu sichern.

Versucht man den Kernpunkt der christlichen Soziallehre²⁷ zum Thema Wirtschaft, unabhängig von den konfessionellen Unterschieden, zu erfassen, so bemerkt man, dass hier Wirtschaft nicht primär als ein Prozess der Produktion und des Austausches von Gütern verstanden wird, sondern als ein sozialer Prozess,

²⁷ Rauscher, Anton, Soziallehre, kirchliche, in: HdWW

in dessen Mittelpunkt der Mensch steht. Damit wird auch ein gemeinsamer Ausgangspunkt für die sozialetischen Positionen der Kirchen erkennbar. Die Frage muss sein, nützt die gegebene Wirtschafts- und Sozialordnung den Menschen oder verletzt sie deren elementaren Anspruch auf Selbstwertgefühl und soziale Achtung. Überall, wo eine solche Verletzung auftritt und sich verfestigt, ist Kritik und Reform angesagt. Die Vorschläge zu einer Reform des Sozialstaates in Europa können deshalb nicht einfach in die Richtung zielen, soziale Leistungen zu reduzieren, um Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu erhalten, sondern sie müssen dahin gehen, in den Mitgliedstaaten der Union die bestehenden Einzelmaßnahmen in ein gemeinsames dynamisches Konzept zu integrieren, das gesamte Lebensperspektiven umfasst, vom Zugang zu Bildungs- und Erwerbschancen, bis zur Erhaltung von Arbeitskraft und einem würdigen und flexiblen Ausstieg aus dem Erwerbsleben und gesicherten Ruhestand. Es geht um eine Art investiven Wohlfahrtsstaats, in dem die Prävention die Reparatur von Missständen überwiegt.

Das setzt einen tiefen Mentalitätswandel voraus. Es geht um ein Gerechtigkeitsproblem, ebenso wie um einen sozialen und intellektuellen Erkenntnisprozess. Unsere Gerechtigkeitsvorstellungen im Wirtschaftsprozess sind von Marktvorstellungen dominiert. Es gehört zu den unerhörten sozialen Entlastungsfunktionen des Marktes, dass er nicht nur zu einer spontanen Selbstregulierung großer gesellschaftlicher Bereiche führt, sondern durch die „unsichtbare Hand“ zugleich auch für eine Akzeptanz der Ergebnisse als gerecht sorgt. Wer sich auf das Spiel des Marktes einlässt, darf sich über die Ergebnisse grundsätzlich nicht beklagen, jedenfalls so lange dafür gesorgt ist, dass der Zugang zum Markt offen bleibt und die Spielregeln eingehalten werden, wobei die politische Ordnungsmacht für die Festsetzung, Überwachung und Einhaltung Sorge tragen und sie gegebenenfalls mit Zwangsmitteln durchsetzen muss.

Marktprozesse, die funktionieren, entlasten. Gravierende Probleme treten aber auf, wenn ganze soziale Gruppen vom Zugang zum Markt ausgeschlossen werden oder dauerhaft in ihrer Teilnahme am Markt benachteiligt werden. Dies ist genau das Problem, vor dem die europäische Marktwirtschaft unter dem Druck der Globalisierung steht. Die Veränderung der Pro-

duktionsabläufe bei vielen Gütern und Dienstleistungen führt dazu, dass schlechtqualifizierte Arbeitskräfte immer weniger Chancen zur Arbeit finden. Der Ausschluss von den Chancen führt zu einer Abwärtsspirale, die die Motivation und Teilhabemöglichkeiten der Menschen zerstört und ihre Selbstachtung, den Kern für ihre Selbstbehauptung angreift.

Die Frage der ére, der sozialen Achtung ist daher neben der Frage nach „varnde guot“, dem materiellen Wohlstand, zu einer Überlebensfrage für die EU geworden.

In meinen Recherchen für diesen Vortrag bin ich auf ein Buch von Jared Diamond gestoßen, das den Titel trägt: *Collapse, how societies choose to fail or succeed* (2005), eine vergleichende historische Studie über das Scheitern oder die Behauptung von Gesellschaften. Eine zentrale These dieses sehr lesenswerten und lesbaren Buches besteht darin, dass es neben anderen Faktoren entscheidend darauf ankommt, ob die Führungseliten einer Gesellschaft erfolgreiche Antworten auf die jeweiligen sozialen, politischen oder umweltbedingten Herausforderungen und Bedrohungen finden. Verlieren die Menschen das Vertrauen in die Fähigkeit ihrer Führungseliten, befriedigende Antworten zu finden, so ist die „Entscheidung“ (choose) für den Untergang gefallen. Diese Grundthese gilt nicht nur für isolierte historische Gesellschaften, sondern auch für die heutigen Gesellschaften in der globalisierten Welt. Lässt man eine Anteil von 10 bis 20 % einer Bevölkerung draußen vor der Tür stehen - und haben weitere 20 oder gar 30 % der Gesellschaft, das Gefühl, dies Schicksal könnte auch ihnen drohen - so erleidet die Führungselite einen Legitimationsverlust, der das gesamte System und seine Handlungsfähigkeit in Frage stellt. Dieser Zustand ist in Europa noch nicht erreicht, aber er ist nicht mehr undenkbar. Deshalb ist eine gemeinsame Sozialpolitik, die aktive Inklusion und nicht eine befriedende Exklusion zu ihrem Zentrum macht, unbedingt notwendig.

Die Forderung nach einer neuen Architektur europäischer Sozialpolitik reicht aber darüber hinaus. Europa wird sich im globalen Wandel nicht dauerhaft behaupten können, wenn es die soziale Frage nicht auch außerhalb seiner geographischen Grenzen stellt. Das ist allerdings ein weites Feld und reicht über das ohnehin schon sehr weite Thema hinaus. Doch in der Globalisierungsdebatte, das ist meine feste

Überzeugung, kann Europa, können seine Staaten, seine Unternehmen, seine Bürger sich nicht auf eine defensive Verteidigung der Besitzstände beschränken. Gerade eine innovative Sozialpolitik, die die Menschen nicht nur passiv abfindet, sondern sie motiviert und qualifiziert, könnte ein wichtiger Exportartikel sein. Dies gilt übrigens auch von den Gedanken der Rechtsstaatlichkeit und des Friedens. Hier sind Errungenschaften, für die sich der Einsatz lohnt, die nicht nur die Behauptung im Wandel ermöglichen, sondern Kern- und Gravitationszentrum einer besseren Ordnung der Welt werden können.

Das ist allerdings ein kühner Traum, der neue transnationale Kooperationen und Institutionen voraussetzt, die heute noch kaum absehbar sind. „Ich habe einen Traum“, sagte Martin Luther King, wie wir alle wissen. Dieser Traum ist noch nicht verwirklicht, aber er hat die Welt trotzdem verändert.

Für die Gestaltung einer Welt, in der soziale Achtung (êre) und Wohlstand (varnde guot) unter der Herrschaft von Frieden und Recht gedeihen, können wir etwas tun. Um „gotes hulde“, Gottes Gnade zu erhalten, das wissen wir Protestanten wohl, ist mit unsrer Macht nichts getan. Hier gilt noch immer: „sola fide“.

Literatur:

- Berghahn, Volker und R., Vitols, Sigurt, (Hg.), Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Tradition und globale Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft, 2006, Campus Verlag, Frankfurt a.M.
- Blasche, Siegfried und Hauff, Michael von, (Hg.), Leistungsfähigkeit von Sozialstaaten, Marburg 2003
- Blum, Reinhard, Marktwirtschaft, soziale in: HdWW
- Diamond, Jared, Collapse: how societies choose to fail or succeed, Penguin 2006
- Deubner, Christian (Hg.) Europäische Einigung und soziale Frage, Möglichkeiten europäischer Sozialpolitik, Campus Verlag Frankfurt a.M. 1990
- Esping-Andersen, Gösta, The three worlds of welfare capitalism, Princeton 1990
- Esping-Andersen, Gösta, Why we need a new welfare state, Oxford 2003
- Galbraith, John Kenneth, Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft, München 2005
- Hall, Peter A. und Soskice, David, (Eds.), Varieties of Capitalism : the institutional foundations of comparative advantage, Oxxford University Press 2001
- Held, Martin. Kubon-Gilke, Gisela, Sturn, Richard (Hg.), Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Band 5: Soziale Sicherung in Marktgemeinschaften, Marburg 2006
- Joyce, Helen, Adam Smith and the invisible hand, 1997-2004, Millenium Mathematics Project, University of Cambridge
- Kahl, Sigrun, The Religious Foundations of the Welfare State: Poverty regimes, Unemployment, and welfare-to-Work in Europe and in the United States, unveröffentlichte Dissertation, Humboldt - Universität zu Berlin 2006
- Kahl, Sigrun, The Religious Roots of Modern Poverty Policy: Catholic, Lutheran, and Reformed Protestant Traditions Compared, Arch.europ sociol. XLVI, 1 (2005) 91-126
- Münchau, Wolfgang, Das Ende der sozialen Marktwirtschaft, Carl Hanser Verlag, München Wien 2006
- Rauscher, Anton, Soziallehre, kirchliche, in: HdWW
- Röttger, Bernd, Neoliberale Globalisierung und europäkapitalistische Regulation, die politische Konstitution des Marktes, Münster 1997
- Scharpf, Fritz W., The European Social Model: Coping with the Challenges of Diversity, Journal of Common Market Studies, Volume 40, Number 4, November 2002
- Schulte, Bernd, Die “Methode der offenen Koordination” – Eine neue politische Strategie in der europäischen Sozialpolitik auch für den Bereich des sozialen Schutzes. Zeitschrift für Sozialreform, Heft1, Januar/Februar 2002
- Steingart, Gabor, Weltkrieg um Wohlstand, Wie Reichtum und Macht neu verteilt werden, Piper Verlag, München 2006
- Weber, Max, Die protestantische Ethik und der “Geist “des Kapitalismus, Textausgabe auf Grundlage der ersten Fassung 1904/1905 mit Veränderungen aus der zweiten Fassung 1920, Weinheim 1996
- Wenig, Alois (Hg.), Globalisierung und die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft, Duncker & Humblot, Berlin 2000
- Witztum, Amos and Young, Jeffrey T., The Neglected Agent: Justice, Power and Distribution in Adam Smith, History of Political Economy, Fall 2006, Vol. 38 issue, p437-471

